

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 17 (1937-1938)  
**Heft:** 10

**Rubrik:** Wehrpolitische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 14.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Das alles mögen Kombinationen sein, aber die Tatsachen sind geeignet, ihre Richtigkeit zu bestätigen. So mahnt insbesondere das Ergebnis des Besuchs in Prag in dieser Richtung zum Aufsehen. Herr Beneš ist ein wendiger Mann, der keine Minute auf Positionen sitzen bleibt, deren Erhaltung er als aussichtslos erkannt hat. Delbos aber dürfte den tschechoslowakischen Staatsmännern ziemlich unverhohlen erklärt haben, daß zurzeit eine weitere bedingungslose Unterstützung der tschechischen Machtpolitik gegenüber ihrer deutschen Minderheit durch Frankreich wegen der englischen Wünsche, die auf unbedingte Vermeidung eines Konfliktes zurzeit hintendieren, nicht mehr in Frage kommen könne. Anders läßt sich kaum die plötzliche Verhandlungsbereitschaft erklären, die nun in der gesamten tschechischen Presse gegenüber Deutschland unterstrichen wird, während parallel freundliche Worte an die Adresse der deutschen Minderheit laufen. Man wird also in nächster Zeit eine gewisse tschechische Konzessionsbereitschaft feststellen, die aber in letzter Linie doch niemand wird täuschen können.

Denn es ergibt sich angesichts des anscheinend doch unvermindert bestehenden Gegenjages zwischen den deutschen Ansprüchen und der äußersten Konzessionsbereitschaft der Westmächte, daß das zurzeit festzustellende französische Entgegenkommen nichts anderes bedeutet, als eine taktische Bewegung. Inzwischen aber gehen die massiven englischen Rüstungen in verstärktem Maß weiter.

Nimmt man zu diesen Feststellungen die Tatsache des Konfliktes im Fernen Osten, dessen Ende weniger als je abzusehen ist — nimmt man weiter dazu die immer noch ungeklärte Lage in Spanien, die durch den jüngsten Erfolg der Volksfronttruppen wieder eine Belastung erfährt, so ergibt sich zu Ende des Jahres die Erkenntnis, daß das kommende Jahr kaum eine Milderung, wohl aber mit aller Wahrscheinlichkeit eine Verschärfung der bestehenden Spannungen bringen wird. So weist die Entwicklung der weltpolitischen Lage beinahe unaufhaltsam auf eine gewaltsame Auseinandersetzung hin.

Zürich, den 28. Dezember 1937.

Jann v. Sprecher.

# Wehrpolitische Rundschau

## An einem Wendepunkt unserer Landesverteidigung.

Der Jahreswechsel 1937/38 bedeutet für unsere Armee eine Wende von tief einschneidender Wirkung. Nachdem 1935 die Ausbildung der Armee neu geregelt wurde, ändern jetzt auch ihre Formen. Eine neue Truppenordnung schafft eine selbständige Grenzschutzorganisation in Anpassung an die heutigen Möglichkeiten einer überraschenden Kriegseröffnung, bringt leichtere, beweglichere, manövrierfähigere Heereseinheiten mit vermehrter Artilleriezuteilung und gliedert endlich all die neuen Waffen organisch in die Armee ein, die durch die großen Rüstungskredite der Jahre 1933 und 1936 bewilligt wurden. Es ist klar, daß die neue Form nicht von einem Tag auf den andern fertig dastehen kann. Gerade in Bezug auf die Anschaffung neuer Waffen und weiteren Kriegsmaterials ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Das Jahr 1937 brachte uns die Bewilligung eines weiteren Rüstungskredites von 58,5 Millionen Franken aus den Mitteln der überzeichneten Wehranleihe, wovon nahezu die Hälfte für die Bedürfnisse des Grenzschutzes bestimmt ist. Die Botschaft des Bundesrates zu diesem Kreditbegehren betonte denn auch die Notwendigkeit, der Truppe neben genügender Ausbildung diejenigen materiellen Mittel zur Verfügung zu stellen, die auf Grund eingehender örtlicher Refognoszierungen für notwendig erachtet werden. „Ganz

besonders diejenigen Truppen, welche einem ersten Angriff Widerstand zu leisten haben, müssen die Überzeugung besitzen, materiell so ausgerüstet zu sein, wie die Lösung der ihnen gestellten Aufgaben dies erfordert. Sie dürfen sich unter keinen Umständen einem feindlichen Angriff einfach preisgegeben fühlen.“ Es sind dies bemerkenswerte neue Töne, nachdem man noch 1936 an den Forderungen der Fachinstanzen überall Abstreichungen vorgenommen hatte und nicht einmal das Nötigste überall vorsah. Wenn auch der Ergänzungskredit von 1937 noch nicht allen Bedürfnissen gerecht wird und wiederholt durchblicken läßt, daß auch die nächsten Jahre noch weitere materielle Rüstungen erfordern, so sind es nun Gründe rein militärischer Zweckmäßigkeit und nicht mehr finanzieller Zurückhaltung, die eine Verschiebung einzelner Rüstungsmaßnahmen auf spätere Zeiten veranlassen. Es war vor allem das Bestreben des Ergänzungskredites von 1937, in der gegenwärtigen Lage die Wehrkraft möglichst für die Gegenwart zu stärken und nicht erst für eine ferner liegende Zukunft.

Die Verstärkung der Bewaffnung machte sich teilweise bereits im abgelaufenen Jahre geltend, das bereits in verschiedener Hinsicht die Merkmale eines Übergangsjahres trug. Auch die Neuordnung der Leichten Truppen ist ja bereits auf den 1. April der allgemeinen Einführung der neuen Truppenordnung vorweggenommen worden, sodaß an Stelle von Dragonerabteilungen und Kavalleriebrigaden bereits Aufklärungsabteilungen und Leichte Brigaden an den Wiederholungskursen und Manövern teilgenommen haben. Große Manöver fanden dieses Jahr bei der 1. und der 3. Division statt, Divisionsmanöver bei der 4. und 5. Division. Besondere Erwähnung verdienen dabei die Manöver der 4. Division am Hauenstein, an denen drei Regimenter Infanterie und zwei Regimenter Artillerie teilnahmen. Nicht nur gab die aus der Grenzbesetzung her bekannte Hauensteingegend diesen Manövern ein besonderes Gepräge, wesentlich war der Umstand, daß die Manöver schon am Mobilmachungstage begannen. Schon die Mobilmachung wurde durch Fliegerangriffe gestört, und aus der Mobilmachung heraus marschierten die Regimenter gleich in die Manöver, was diesen einen hohen Grad von Kriegssähnlichkeit verlieh. Der gewagte Versuch ist durchaus günstig ausgefallen, wenn auch naturgemäß in den komplizierten Apparaten der Truppentörper noch nicht alle Räder richtig zusammenspielten, wie das in gewöhnlichen Manövern meist der Fall ist, wo den Manövern eine Ausbildungswoche vorangeht. Da uns aber unter Umständen eine Mobilmachung zum Krieg oder zur Wahrung unserer Neutralität auch keine Zeit ließe, vorher wieder die Einheiten zusammenzuschweißen und das Zusammenspiel zu erproben, so ist es für die höhere Führung zweifellos sehr lehrreich, einmal das Verhalten von Truppe und Führung zu studieren, wenn sie vom Mobilmachungsplatz weg in kriegsähnliche Manöversituationen geführt werden. Ähnliche Verhältnisse lagen übrigens auch bei den verschiedenen Alarmübungen des Grenzschutzes vor, die allerdings an die Grenzschutztruppen weniger große Anforderungen stellten als die 21/2tägigen Hauensteinmanöver, die aber auch in soldatischer Hinsicht nicht immer den gleich guten Eindruck hinterließen wie die Divisionsmanöver der 4. Division. Im übrigen war für die Ausbildung dieses Jahres charakteristisch, daß der Abwehr von Fliegern und Panzerwagen bedeutend mehr Aufmerksamkeit geschenkt wurde als in früheren Jahren. Es mag dies damit zusammenhängen, daß die Infanteriebataillone erstmals über schwere und leichte Maschinengewehre verfügten, die zum Schießen gegen Flieger eingerichtet sind und daß eine gedruckte Anleitung der Truppe an Hand geht bei der Herstellung von Panzerwagenperren. Die für die Panzerwagenabwehr in erster Linie in Betracht fallenden Infanteriekanonen werden erst 1938 an die Bataillone abgegeben; für Tankminen und anderes Hindernismaterial ist ein Kredit von 1,1 Millionen Franken ausgesetzt und eine besondere Fliegerabwehrtruppe ist in Entwicklung begriffen.

Abwehr von Panzerwagen und Fliegern werden wohl auch noch in den

nächsten Jahren der Ausbildung in den Wiederholungskursen den Stempel aufdrücken. Es wird wohl einiger Zeit bedürfen, bis Truppe und Führung mit diesen neuen Aufgaben und mit dem zweckmäßigen Einsetz der neuen Waffen restlos vertraut sind und bis eine richtige Zusammenarbeit der verschiedenen Waffen erreicht wird. Es ist deshalb erfreulich, daß das Jahr 1938 den meisten Truppen einen Wiederholungskurs in der Dauer von drei Wochen bringt durch die Ansetzung von einwöchigen Einführungskursen in die neue Truppenordnung, die den Wiederholungskursen unmittelbar vorangehen. Damit wird — leider nur für das Jahr 1938 — ein Postulat verwirklicht, das schon General Wille in seinem Bericht über den Aktivdienst aufstellt. Wo man bisher schon dreiwöchige Wiederholungskurse durchführte, wie 1930 beim Thurgauer Regiment oder 1937 beim Schützenbataillon 11, hat man beste Erfahrungen gesammelt. Man darf daher auch von den Wiederholungskursen von 1938 nicht nur ein rasches Überwinden der Übergangsbeschwerden in die neue Truppenordnung, sondern darüber hinaus eine wesentliche Förderung der Ausbildung in Richtung auf die Kriegstüchtigkeit, eine größere Sicherheit in Taktik und Technik und damit zusammenhängend auch eine Vertiefung des inneren Haltes der Truppen erwarten.

In der Rekruten- und Kaderausbildung brachte das Jahr 1937 die Neuerung zentraler Offiziersschulen der Infanterie. Die Offiziersbildungsschulen, die früher von den Kreisinstruktoren kommandiert wurden, werden nun zusammengefaßt, von besonderen Offizieren geleitet und dem Waffenchef der Infanterie direkt unterstellt. Diese Neuerung garantiert eine einheitlichere Erziehung und Ausbildung des Offiziersnachwuchses bei der ganzen Infanterie. Mit der neuen Truppenordnung und der Verkleinerung der Divisionskreise werden nun die Stellen der Kreisinstruktoren aufgehoben, in Zürich und Bern besondere Offiziersschulen errichtet und damit die Tendenz der Vereinheitlichung der Infanterieausbildung verstärkt.

Im Zusammenhang mit der fortschreitenden Errichtung von Grenzbefestigungen und Tanksperrn in allen Grenzgebieten steht die Entwicklung der Freiwilligen Grenzschutztruppe, die auf einen Bestand von neun Kompagnien gebracht werden soll. Trotz der noch immer großen Arbeitslosigkeit scheint sich die wirtschaftliche Besserung bereits auszuwirken in Rekrutierungsschwierigkeiten für diese Freiwilligentruppe, sodaß der Bundesrat kürzlich die Vertragsdauer von einem halben auf ein Jahr erhöhen und die Bedingungen verbessern mußte. Bei dem äußerst geringen Bestand dieser Truppe erscheint es bedenklich, daß zur Sicherung der Bestände bereits solche Maßnahmen nötig geworden sind.

Für Befestigungsarbeiten sind bisher 31 Millionen Franken verwendet worden aus Krediten von 1934 und 1936; weitere 21 Millionen Franken für diesen Zweck sind im Jahre 1937 bewilligt worden. Diese Anlage von Befestigungen in allen Grenzgebieten hat auch neue Polizeivorschriften zum Schutze der Befestigungen am St. Gotthard, im Südtesin und bei St. Maurice wie der neuen Grenzbefestigungen gegen Auspähung erforderlich gemacht. An weiteren Bauten sind durch die Schaffung der neuen Grenzschutzorganisation Materialmagazine und durch die neue Truppenordnung neue Zeughäuser entstanden. Die Vermehrung der Munitionsbestände macht die Anlage eines neuen unterirdischen Munitionsmagazines notwendig. Schließlich sei in diesem Zusammenhang auch der Bau einer neuen linksufrigen Walenseestraße und einer Sufenstraße erwähnt, an die der Bund wegen ihrer großen militärischen Bedeutung erhebliche Beiträge entrichtet. Aber auch für den Bau lokaler Straßen von taktischer Bedeutung sind Mittel bereit gestellt worden. Zu bedauern ist, daß man sich noch nicht entschließen konnte, die so dringende Straßenverbindung zwischen den Kantonen Glarus und Graubünden zu erstellen.

Im Zusammenhang mit der Verstärkung der Landesverteidigung und der Neuorganisation der Armee steht auch die Organisation der Territorialtruppen

aus Landsturm und Landwehr II, der Erlaß neuer Beförderungsvorschriften und die Ausarbeitung eines neuen Bekleidungsreglementes, dessen Erlaß noch bevorsteht. Die neuen Beförderungsvorschriften tragen der großen Bedeutung der Kompagniekommandanten dadurch Rechnung, daß Hauptleute künftig acht Jahre ihre Kompagnie führen können statt bisher sechs. Der Hauptmannsgrad kann künftig schon nach sieben Dienstjahren als Subalternoffizier erlangt werden. Auch die Bataillonskommandanten bleiben im Grad eines Majors und Oberstleutnants zusammen acht Jahre in ihrem Kommando. Die Regimenter werden künftig von Obersten geführt werden. Neu eingeführt wird der Titel Oberstbrigadier für solche Obersten, die ein Brigadekommando ausüben. Viel zu diskutieren gab die Fährnisfrage, in der entschieden wurde, daß die Bataillonsfahnen und die Standarten der Leichten Truppen auch künftig von Unteroffizieren getragen werden sollen, die ein besonderes Fähnrichsabzeichen erhalten.

\* \* \*

Die verstärkte und verbesserte Bewaffnung, die Errichtung von Grenzbefestigungen, die Schaffung eines starken Grenzschildes und die neue Organisation der Armee sind geeignet, das Vertrauen in unsere Landesverteidigung wesentlich zu stärken. Wir dürfen aber ob der Freude und Genugtuung an dieser bedeutenden Verstärkung unserer Landesverteidigung nicht übersehen, daß es sich bei all diesen Rüstungsmaßnahmen, die innert fünf Jahren 430 Millionen über die ordentlichen Militärbudgets hinaus verschlungen haben, nur um materielle Aufrüstung und um organisatorische Maßnahmen handelt. Wesentlicher aber als Material und Form bleibt immer noch der Mensch, der Soldat in der Front und der Bürger im Hinterland. Betrachten wir nun auch den Soldaten, der die neuen Kriegsmittel erst zur Wirkung bringen muß, so haben wir freilich weniger Anlaß zu Genugtuung. Es soll nicht verkannt werden, daß seit einigen Jahren die politischen Spannungen in Europa ihre Auswirkungen auf unsere Soldaten nicht verfehlt haben, sodaß sie dem Militärdienst mehr Ernst und Hingabe entgegenbringen. Andererseits sorgen neue Waffen und neue taktische Formen für ein gesteigertes Interesse, das der militärischen Arbeit nur förderlich ist. Der Soldat verspürt auch wieder, daß das Volk seiner Armee vermehrte Achtung und Ehre entgegenbringt und trägt mit Stolz und Freude das feldgraue Ehrenkleid des Vaterlandes. Umso mehr sind die schweren Verstöße gegen die Disziplin aufgefallen, die sich nach den Gebirgsmanövern der Gebirgsbrigade 10 im Kanton Unterwalden im Zusammenhang mit dem Defilee bei Stans, auf dem Rückmarsch nach Luzern und bei der Entlassung in Luzern zugetragen haben. Unter der Einwirkung strenger Manöver, großer Hitze und einiger offenbar wenig zweckmäßiger Inspektionsanordnungen und unter dem Einfluß von Alkohol haben sich Dinge ereignet, die jedem Soldaten die Schamröte ins Gesicht treiben müssen, und die die Zuverlässigkeit und das Kriegsgenügen dieser Truppen in Zweifel stellen.

Die Vorkommnisse von Stans und Luzern sind dadurch verschlimmert worden, daß die Offiziere es mit einer Ausnahme unterlassen haben, gegen die schweren Disziplinverstöße einzuschreiten. Es war später nicht mehr möglich, die fehlbaren Soldaten festzustellen, weil ein einziger Mann von seinem Zugführer notiert wurde. Ob die Offiziere für die Ausschreitungen Verständnis aufbrachten oder ob sie es nicht wagten, einzuschreiten gegen Mannschaften, von deren Wohlwollen sie zum Teil im Zivilleben wieder wirtschaftlich und politisch abhängen: verschiedene Offiziere haben bewiesen, daß sie nur ungenügend zum Bewußtsein ihrer Stellung und ihrer obersten Pflichten erzogen worden sind. Hätten es die Offiziere gewagt, mit rücksichtsloser Energie gegen die Vorfälle von Stans einzuschreiten, so wären sicherlich die nachfolgenden beschämenden Vorfälle auf dem Marsch nach Luzern und bei der Entlassung unterblieben. Verschiedene Stabsoffiziere und Hauptleute sind denn auch als Folge der Ereignisse ihres Kommandos enthoben worden.

Wenn wir hier die Vorfälle von Stans behandeln, so geschieht es nicht in der Absicht, auf die Truppenkörper, in denen solches vorgekommen ist, einen Stein zu werfen, sondern um darauf hinzuweisen, daß auch heute noch die soldatische Erziehung unserer Milizen und die Offizierserziehungen übergend ist. Die Ereignisse von Stans stehen denn auch leider nicht vereinzelt da: 1918 ereigneten sich schwere Verstöße gegen die Disziplin im Aargauer Regiment 23 und 1928 bei der Innerrhoder Kompagnie III/84, um nur die „Meutereien“ ganzer Truppenteile zu nennen. Von Einzelfällen wüßten die Akten der Militärgerichte mehr als genug zu erzählen, besonders auch im Zusammenhang mit Marmübungen des Grenzschißes, wo Wehrmänner aller Altersklassen aufgeboten waren, die zum Teil schon seit vielen Jahren keinen Dienst mehr geleistet hatten.

So bedauerlich solche Vorfälle an sich sind, insbesondere die Ereignisse in Stans, so könnten sie sich doch schließlich zum Guten wenden, wenn sie uns die Augen öffnen über die Grenzen, die unserer kurzfristigen militärischen Erziehung und Ausbildung gesetzt sind, und uns veranlassen, für entsprechende Abhilfe zu sorgen. Gerade der Umstand, daß solche Meutereien in 9 oder 10jährigen Intervallen wiederkehren, beweist uns, daß die wahren Ursachen nicht in den augenblicklichen Umständen zu suchen sind, sondern tiefer liegen. Ein Zusammentreffen unglücklicher äußerer Umstände bringt dann solche schweren Verstöße gegen die Disziplin lediglich noch zur Auslösung.

Abgesehen von den Vorfällen selbst, muß auch die Art und Weise, wie die Ereignisse politisch ausgeschlachtet und in der Presse behandelt wurden, recht bedenklich stimmen. Die Sozialdemokratie hat sich der Vorfälle sogleich liebevoll bemächtigt und später in einer widerlichen Art und Weise Partei ergriffen für die gemäßregelten Offiziere, die beinahe in den Rang von Parteimärtyrern erhoben wurden! Dieses Verhalten ist bezeichnend für das sogenannte Bekenntnis der Sozialdemokratie für die Landesverteidigung, das sich erschöpft in der Bewilligung von Militärkrediten und in der Unterstützung der Wehranleihe, dabei aber jede Gelegenheit ergreift, an der soldatischen Disziplin zu rütteln und die Partei undisziplinierter Elemente zu ergreifen! Ins gleiche Kapitel gehört der mißglückte sozialistische Vorstoß im Nationalrat gegen die Militärjustiz, die dauernde unflätige Anrempelung der Militärgerichte und der militärischen Untersuchungsorgane wegen der Verurteilung von kommunistischen Freiwilligen für das rote Spanien und wegen des scharfen Vorgehens gegen die Werber in der kommunistischen Parteileitung. Ebenfalls hieher gehören die Angriffe gegen „faszistische“ und „frontistische“ Offiziere und das wiederholte Verlangen von Maßnahmen gegen diese Offiziere, denen militärisch gar nichts vorzuwerfen und an deren Zuverlässigkeit und Pflichttreue nicht zu zweifeln ist. Sie sollen einzig und allein wegen bestimmter politischer Anschauungen gemäßregelt werden, womit gerade sozialistische und jungliberale „Patentdemokraten“ vom Militärdepartement Gesinnungsschnüffelei verlangen und ein ausgesprochenes Gesinnungsdelikt konstruieren! Es darf in diesem Zusammenhang schon daran erinnert werden, daß vor wenigen Jahren ein sozialistischer Parteisekretär in Zürich ausdrücklich geschrieben hat, daß für die Arbeiterschaft nur eine Landesverteidigung gegen Nord oder Süd in Frage kommen könne, nie aber eine Verteidigung gegen einen französischen Angreifer! Einer Partei, die nicht unbedingt für eine Landesverteidigung gegenüber jedem Angreifer eintritt, sondern nur für die einseitige Verteidigung gegen „faszistische Horden“, fehlt jede Berechtigung, ehrbare und pflichtgetreue Offiziere nur deshalb in gemeinster Weise zu verdächtigen, weil diese politisch anders denken. Die Angriffe auf frontistische Offiziere sind der raffinierte Versuch, in die Armee, die über aller Parteipolitik ein einigendes Band um alle Eidgenossen schlingt, parteipolitische Zwistigkeiten zu tragen. Suchte die Sozialdemokratie früher in ihrer antimilitaristischen Periode, gewissermaßen in der Horizontalen, zwischen Mannschaften und Offizieren eine Kluft auf-

zureißen, was ihr nicht gelungen ist, so strebt sie heute eine vertikale Kluft an zwischen „demokratischen“ und „antidemokratischen“ Angehörigen der Armee. Es gilt diese Tendenz, und die konsequenten Versuche, die Disziplin zu untergraben, um so die Armee von innen her zu unterhöhlen und zu entzweien, deutlich zu erkennen und mit aller Energie abzuwehren. Bereits leisten linksbürgerliche Gruppierungen wie die Jungliberale Bewegung und Zeitungen wie die sogenannte „National-Zeitung“ diesen Bestrebungen ihre Unterstützung. Aus einem Kompetenzkonflikt zwischen Bundesrat und Nationalrat über das Budgetrecht des Parlamentes in der Angelegenheit schweizerischer Militärattachés konstruiert die „National-Zeitung“ einen „symptomatischen Zusammenstoß zwischen Militärs und Zivilisten“, der demagogisch ausgechlachtet wird, obwohl die Militärinstanzen, die den Wunsch nach Entsendung von Militärattachés ausgesprochen haben, für die finanzielle Regelung und die Wahrung des Budgetrechtes in keiner Weise verantwortlich gemacht werden können. Aber der Zweck scheint eben auch hier jedes Mittel zu heiligen!

\* \* \*

Der große Erfolg der Wehrleihe vom Herbst 1936 darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Militärfreundlichkeit unseres Volkes nicht überall echter Wehrge辛nung entspringt. Die unsichere Entwicklung in der europäischen Politik, die zunehmenden außenpolitischen Spannungen und die gewaltige Aufrüstung der Großstaaten haben zu einer Militärfreundlichkeit geführt, die in weitesten Kreisen im Grunde nur auf der Angst beruht und die in der Armee vorwiegend ein Versicherungsinstitut, in den außergewöhnlichen Militärkrediten Versicherungsprämien sieht. Solche Militärfreudigkeit ist gerne bereit zu „Opfern“, die vom Lande mit 100 % Sicherheit zurückbezahlt werden und jährlich 3 % abwerfen. Wie schwer es aber hält, vom Volke wirklich Opfer zu erlangen, hat ja die nur mit geringem Mehr angenommene Ausbildungsvorlage von 1935 gezeigt. Dieselbe Erscheinung zeigt sich heute wieder in der Diskussion um das Obligatorium eines militärischen Vorunterrichtes. Mit allen möglichen und unmöglichen Gründen und aus den verschiedensten Kreisen wird heute schon gegen dieses Obligatorium Sturm gelaufen. Es sind insbesondere kirchliche Kreise, die vom Kirchenkampf im Dritten Reich geblendet und unter Mißachtung der Verschiedenheit der Voraussetzungen die Einführung einer „Staatsjugend“ mit weltanschaulicher Bindung und damit Gefahren für die religiöse Jugenderziehung befürchten und deshalb das Obligatorium bekämpfen. Das Projekt wird ferner bekämpft im Namen der „Freiheit“ der heranwachsenden Jugend, die vor frühzeitiger „Militarisierung“ geschützt werden soll. Sieht man aber genauer hin, so liegen fast überall die Sonderinteressen von Jugendorganisationen der verschiedensten Art vor, und es scheint heute noch sehr wenig wahrscheinlich, daß diese Sonderinteressen zurücktreten hinter das Landesinteresse, das gebieterisch nach einer vordienstlichen Ausbildung und vor allem nach einer vordienstlichen soldatischen Erziehung der heranwachsenden Jugend verlangt. Es zeigt sich hier deutlich, wie weit entfernt die oberflächliche Militärfreundlichkeit der breiten Massen von einem tiefer verankerten wehrhaften Geist ist. Ausschlaggebend für die Kriegstüchtigkeit unserer Landesverteidigung sind nicht die 430 Millionen Franken, die innert fünf Jahren für außerordentliche Rüstungen bewilligt und inzwischen in Flugzeuge und Panzerwagen, Befestigungen und Infanteriekanonnen, Motorgeschütze und Minenwerfer umgewandelt wurden. „Die Entscheidung“, so äußerte sich Oberstkorpskommandant Wille im Jahre 1915, „liegt bei der Aufopferungsfähigkeit, dem zähen Mut, dem Heldentum des Volkes.“ Berufene und unberufene Vertreter dieses Volkes weigern sich heute, die heranwachsende männliche Jugend während 60 Stunden im Jahre für eine vordienstliche Ausbildung zur Verfügung zu stellen!

O t t f r i e d   Z e u g i n .